


ANNONCE WORXX

INTERGLOBAL



Die kritische, unabhängige Luxemburger Wochenzeitung sucht

**eine\*n Journalist\*in zur Elternzeitvertretung**, befristet auf ein Jahr in Vollzeit (40 Stunden pro Woche), anschließende Entfristung in Teilzeit (20 Stunden pro Woche) möglich.

- für die Redaktion Politik und Soziales

**Aufgabengebiete:**

- Verfassen und Redaktion journalistischer Beiträge in deutscher und/oder französischer Sprache
- Korrekturen von Artikeln in Deutsch und Französisch
- Koordination der aktuellen Print-Ausgaben im Wechsel mit den anderen Redaktionskolleg\*innen
- Aktive Mitarbeit beim Betreiben und Weiterentwickeln der worxx-Online-Plattform

**Wir wünschen uns eine\*n Mitarbeiter\*in mit:**

- Erfahrung im journalistischen Bereich
- Kenntnissen der politischen und gesellschaftlichen Realität Luxemburgs
- Kenntnissen und Kontakten im Kulturbereich in Luxemburg
- der Motivation, Verantwortung in einem selbstverwalteten Betrieb zu übernehmen
- Teamfähigkeit und zugleich großer Selbstständigkeit
- fundierte Kenntnisse im Bereich der digitalen Medien

Sprachliche Kompetenzen in Luxemburgisch – oder die Bereitschaft sich diese anzueignen – stellen einen Vorteil dar.

Entlohnung auf Basis des Einheitslohnes des worxx-Kollektivs.

**Was wir bieten:**

Die Möglichkeit, die Wochenzeitung worxx in einem genossenschaftlich organisierten Betrieb ohne Chef\*in in einer sich stark veränderten Luxemburger Medienlandschaft perspektivisch weiterzuentwickeln und sowohl formal als auch inhaltlich zu gestalten. Ihre Kreativität trifft auf ein hohes Maß an Offenheit und Flexibilität. Bei der Arbeitsorganisation nimmt das Team gerne Rücksicht auf individuelle Bedürfnisse, soweit es die betrieblichen Anforderungen erlauben.

Bewerbungen mit Motivationsschreiben und Lebenslauf sowie journalistischen Beiträgen aus eigener Feder bis zum 23. Juni 2024 ausschließlich in elektronischem Format an:  
**candidate@worxx.lu**

Zusätzliche Informationen bitte über candidate@worxx.lu (vertraulich) erfragen.

---

L'hebdomadaire luxembourgeois critique et indépendant engage

**un-e journaliste en remplacement d'un congé parental** dans l'équipe rédactionnelle « actualité politique et sociale », pour une durée déterminée d'un an à temps plein (40 heures par semaine). Le contrat pourra être prolongé à durée indéterminée à temps partiel (20 heures par semaine).

**Tâches :**

- rédaction d'articles en français et/ou allemand
- correction d'articles en allemand et en français
- coordination (par roulement avec les collègues) des éditions hebdomadaires imprimées
- participation active à l'exploitation et au développement de la plateforme worxx en ligne

**Le worxx recherche un-e collaborateur-collaboratrice qui**

- a de l'expérience dans le journalisme
- connaît les réalités politiques et sociales luxembourgeoises
- dispose de connaissances et de contacts dans le secteur culturel luxembourgeois
- est motivé-e pour assumer des responsabilités dans une entreprise autogérée
- a le sens du travail en équipe tout en sachant travailler de manière autonome
- a des compétences avérées dans le domaine numérique

Des compétences linguistiques en luxembourgeois ou la volonté de l'apprendre constituent un avantage.

Rémunération : salaire unique pratiqué par le collectif worxx.

**Ce que nous offrons :**

La possibilité de participer au développement du worxx au sein d'une entreprise organisée en coopérative, sans chef-fe, dans un paysage médiatique luxembourgeois en forte mutation, ainsi que celle de façonner l'hebdomadaire tant sur la forme que sur le fond. Votre créativité rencontrera un haut degré d'ouverture et de flexibilité. En ce qui concerne l'organisation du travail, l'équipe tient volontiers compte des besoins individuels, dans la mesure où les exigences de la coopérative le permettent.

Envoyez votre dossier de candidature (accompagné d'un choix d'articles de votre plume) uniquement sous forme électronique à **candidate@worxx.lu** pour le 23 juin 2024 au plus tard.

Pour toute information supplémentaire : candidate@worxx.lu (confidentielle)

GEORGIEN

# Ökonomie des Protests

Peter Korig

**Das Ende Mai vom georgischen Parlament verabschiedete Gesetz gegen „ausländischen Einfluss“ und die Proteste dagegen haben auch einen ökonomischen Hintergrund: Die chronische Wirtschaftskrise Georgiens nach der Unabhängigkeit führte zur Entstehung einer korrupten Rentenökonomie. Demgegenüber setzen weite Teile der Bevölkerung, insbesondere die gebildete Mittelschicht, ihre Hoffnungen in einen Beitritt zur EU.**

Seit dem Frühjahr 2023 stehen sich auf dem Rustaweli-Boulevard wieder Demonstrant\*innen und Polizist\*innen gegenüber. Auf der Prachtstraße im Zentrum von Tiflis sind nach 1989 die meisten politischen Konflikte in Georgien ausgetragen worden, immer wieder auch gewalt-sam. Die derzeitigen Proteste gegen das Ende Mai verabschiedete „Gesetz über die Transparenz ausländischer Einflussnahme“ reißen sich in diese Geschichte ein. Betroffen sind von dem Gesetz die Tausenden NGOs, die in dem Land mit weniger als vier Mil-lionen Einwohner\*innen registriert sind und die vor allem von internati-onalen Geldgebern finanziert werden.

Die Proteste werden hierzulande meist als Kampf einer jungen, demo-kratischen und proeuropäischen Zivil-gesellschaft gegen autoritäre und pro-russische Machthaber interpretiert. Doch lässt das die ökonomischen Kon-flikte und sozialen Probleme außer Acht, die das Leben der georgischen Bevölkerung seit dem Ende der Sow-jetunion bestimmen. Die NGOs sind nicht zuletzt ein Wirtschaftsfaktor: Sie übernehmen nicht nur viele Aufgaben in Bereichen, aus denen sich der neo-liberal zugerichtete georgische Staat zurückgezogen hat, sie sind auch ein relevanter Arbeitgeber, vor allem für eine akademisch gebildete, städtische Mittelschicht, deren Angehörige bei-spielsweise im staatlichen Bildungs-oder Gesundheitswesen viel weniger verdienen würden. Ähnlich ist es im Medienbereich: Eigenständig könnten

Print- und Online-Medien finanziell kaum überleben, sie sind zu großen Teilen auf Finanzierung aus dem Aus-land angewiesen.

Dass die NGO-Szene in Georgien dieses ökonomische und politische Ge-wicht bekommen hat, hängt eng mit der geographischen Lage des Landes zusammen. Die USA und die EU bemü-hen sich um Einfluss in dem kleinen Staat auf der Landbrücke zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer, zwischen Russland, dem Iran und der Türkei. 2014 unterzeichnete Georgien ein Assoziierungsabkommen mit der EU, seit Dezember vergangenen Jahres ist es Beitrittskandidat.

Ehe die EU-Kommission Georgien den Status des Beitrittskandidaten zu-sprach, legte sie einen Forderungskat-alog für Beitrittsverhandlungen vor: Georgien müsse unter anderem gegen Korruption vorgehen, die Unabhängig-keit der Justiz, Menschenrechte und die Rechte der Oppositionsparteien stärken sowie das angehen, was die EU „Entoligarchisierung“ nennt, den Kampf gegen die politische Macht der Milliardäre. Vor allem Letzteres ist aus Sicht der regierenden Partei Ge-orgischer Traum ein Problem, steht hinter ihr doch der mit Abstand mäch-tigste Oligarch Georgiens, Bidsina Iwanischwili. Viele Organisationen, die sich für rechtsstaatliche Refor-men oder andere politische Anliegen einsetzen – selbst gewerkschaftsori-entiertere NGOs –, werden aus dem Aus-land finanziert. Auch auf sie zielt das Anti-NGO-Gesetz.

Die Zahlungen aus dem Westen mildern jedoch nur ansatzweise die Folgen des wirtschaftlichen Verfalls nach der Unabhängigkeit. Zuvor ge-hörte Georgien zu den reichsten Sow-jetrepubliken. Von dort kamen Le-bensmittel wie Wein und Obstsorten, die in den nördlichen Regionen der Sowjetunion nicht gediehen, es gab eine ausgedehnte Tourismusindustrie, hinzu kamen während des Zweiten Weltkriegs nach Georgien ausgelager-te Flugzeugwerke sowie Schwerindus-trie. Mit dem Ende der Sowjetunion

Trotz heftiger Proteste wurde in Georgien ein Gesetz zur Kontrolle von aus dem Ausland finanzierten NGOs verabschiedet: Die Protestierenden fürchten, dass damit auch der EU-Beitritt gefährdet ist.

brachen diese Wirtschaftszweige zusammen. In den 1990er-Jahren war lange selbst die Stromversorgung unregelmäßig. Bis in die 2000er-Jahre war Schrott, Überreste der sowjetischen Schwerindustrie, das wichtigste Exportgut Georgiens.

Heute lebt immer noch etwa ein Fünftel der Bevölkerung in absoluter Armut, die Arbeitslosenquote liegt knapp unter 20 Prozent. Etwa ein Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung ist in der Landwirtschaft tätig, die oft eher Subsistenzwirtschaft denn Produktion für den Markt, geschweige denn für internationale Märkte ist.

Seit den frühen 2000er-Jahren entsteht eine neue Tourismusindustrie, ein Wirtschaftsbereich, dessen Verletzlichkeit durch externe Schocks sich allerdings in der Covid-19-Pandemie zeigte, als das Bruttoinlandsprodukt Georgiens 2020 um mehr als sechs Prozent sank.

## Die Aufnahme des Landes in die EU ist nicht nur eine Sehnsucht der Mittelschicht, sondern weiter Kreise der Bevölkerung.

Ebenfalls seit der Jahrtausendwende wird Georgiens geographische Lage als Wirtschaftsfaktor wirksam. In den Jahren 2002 bis 2004 wurde die Pipeline Baku-Tiflis-Ceyhan gebaut, die unter Umgehung Russlands Erdöl aus Aserbaidschan und Kasachstan zu Häfen im Schwarzen und im Mittelmeer transportiert. Noch größere Bedeutung kommt Georgien im Rahmen des Mittelkorridors der chinesischen „Belt and Road Initiative“, bekannt als Neue Seidenstraße, zu. Dieser soll über Kasachstan, das Kaspische Meer, Aserbaidschan, Georgien und das Schwarze Meer eine Verkehrsverbindung über Land zwischen China und der EU sowie der Türkei herstellen. Im

Rahmen dessen treiben seit 2018 chinesische Firmen eine Autobahn durch das gebirgige Terrain Georgiens, mit beträchtlichen ökologischen und sozialen Folgen.

Solche Bauprojekte tragen zum überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum in Georgien seit Ende der Covid-19-Pandemie bei. Mit dem russischen Einmarsch in der Ukraine im Februar 2022 gewann das Projekt des Mittelkorridors an Bedeutung, weil es die Landverkehrsverbindungen zwischen Europa und China unter Umgehung Russlands ausbaut. Ende Mai gab Georgiens Wirtschaftsminister Lewan Dawitaschwili bekannt, dass chinesische Firmen in Anaklia am Schwarzen Meer den ersten Tiefwasserhafen des Landes errichten sollen.

Die Selbstvermarktung des Landes als Transportweg zwischen Europa und China und als Kooperationspartner an Einfluss in der Region interessierter Staaten zeigt deutlich rentenökonomische Züge. Dass so mehr Profit erzielt werden kann als durch die Verwertung der Arbeitskraft der georgischen Bevölkerung und der natürlichen Ressourcen des Landes, prägt die georgische Politik, denn es führt dazu, dass die Regierenden ihre politische Machtposition zur persönlichen Bereicherung und zur Versorgung ihres Umfelds mit staatlichen Geldern nutzen. Dass das politische Amt die wichtigste Revenue darstellt, führt wiederum zum Bemühen um repressive und autoritäre Machtsicherung.

Dieser Mechanismus kennzeichnete auch die Entwicklung der Regierung der „Vereinten Nationalen Bewegung“ unter Michail Saakaschwili, die nach

der Rosenrevolution von 2003, maßgeblich getragen vom jungen NGO-Milieu, an die Macht gekommen war. Die Partei trat zwar mit dem Versprechen an, die bis in die Sowjetzeit zurückreichende endemische Korruption in Georgien einzudämmen, versuchte aber bald ihrerseits, sich mit Repression gegen die Opposition an der Macht zu halten. Nach Skandalen um Folter in Polizeidienststellen wurde sie 2012 durch Iwanischwilis „Georgischen Traum“ abgelöst.

Iwanischwili ist ein klassischer Oligarch, der im Russland der 1990er-Jahre zum Milliardär wurde, sich aber Anfang der 2000er-Jahre nach Georgien zurückzog. Sein offiziell bekanntes Vermögen in Höhe von fünf Milliarden US-Dollar entspricht einem Fünftel des jährlichen Bruttoinlandsprodukts Georgiens, doch ist sein Reichtum über ein undurchsichtiges Firmengeflecht weltweit verteilt.

Offiziell ist Iwanischwili mittlerweile nur noch Ehrenvorsitzender des Georgischen Traums, de facto bestimmt er weiterhin die Politik der Regierungspartei. Ein Regierungswechsel ist für ihn nicht nur politisch gefährlich, weil er beispielsweise unter einer neuen Regierung wegen Korruption vor Gericht gestellt werden könnte, auch seine wirtschaftlichen Interessen wären bedroht. Dabei geht es nicht nur um sein Eigentum in Georgien und das seiner politischen Verbündeten. Im April verabschiedete das Parlament eine Steuerreform, die das Ziel hat, Kapital aus Steueroasen weltweit nach Georgien zu ziehen. Kritiker meinen, dass das Gesetz vor allem Iwanischwili selbst ermöglichen soll,

sein Vermögen steuerfrei nach Georgien zu transferieren. Damit würde er sich auch vor westlichen Sanktionen schützen können.

Diese Interessen erklären die Heftigkeit des derzeitigen Konflikts: Eine Oligarchenpartei, deren Patron fürchtet, mit der politischen Macht auch seinen Reichtum zu verlieren, steht gegen den Teil der Bevölkerung, der befürchtet, dass die Regierung mit dem autoritären Kampf um Machterhalt und dem Vorgehen gegen NGOs den EU-Beitritt gefährdet.

Die Aufnahme des Landes in die EU ist nicht nur eine Sehnsucht der Mittelschicht, sondern weiter Kreise der Bevölkerung. Umfragen zufolge unterstützen 80 Prozent den möglichen EU-Beitritt. Nicht zuletzt ist mit ihm die Hoffnung auf einen legalen und geregelten Zugang zum EU-Arbeitsmarkt verbunden. Die verarmte Bevölkerung Georgiens verlässt massenhaft das Land, allein 2021 und 2022 emigrierten insgesamt 180.000 Personen, knapp fünf Prozent der Bevölkerung. Viele landen unter höchst prekären Bedingungen in Westeuropa, in Deutschland werden sie beispielsweise als Saisonarbeiter in der Landwirtschaft eingesetzt. Immer mehr Georgier\*innen beantragen in Deutschland Asyl, oft, um eine Krankenversicherung zu erhalten. Ohne Berücksichtigung dieser aus der Not geborenen Hoffnung auf die EU lässt sich die Wut der Demonstrant\*innen auf dem Rustaweli-Boulevard nicht verstehen.

Peter Korig berichtet über die postsozialistischen Gesellschaften Ost- und Südosteuropas.



FOTO: EPA-EFE/DAVID MIZINARISWILI